



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Ansprechpartner/in: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 08.10.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 11.09.2008, 15:30 Uhr bis 17:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Walter Kluth SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

| | | |
|---------------------------------|-------|--|
| Herr Henk van Benthem | CDU | Vertretung für Herrn Simons |
| Herr Bernhard Ensmann | CDU | |
| Herr Hans-Heinrich Lierenfeld | CDU | |
| Herr Stephan Pohl | CDU | |
| Herr Dr. Ralf Heinen | SPD | |
| Frau Susana dos Santos Herrmann | SPD | |
| Frau Monika Schultes | SPD | |
| Herr Ossi Werner Helling | Grüne | |
| Herr Arif Ünal | Grüne | |
| Herr Mark Stephen Pohl | FDP | von 16.57 bis 17.03 Uhr abwesend (von TOP 8.2.1 bis einschließlich TOP 11.1) |

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

| | |
|----------------------|----------------|
| Frau Regina Wilden | pro Köln |
| Herr Michael Kellner | Die Linke.Köln |

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

| | |
|---------------------------|--------------------------|
| Frau Helga Eylert | auf Vorschlag der CDU |
| Frau Britta Hollmann | auf Vorschlag der Grünen |
| Herr Horst Ladenberger | auf Vorschlag der Grünen |
| Frau Heide Lore Puttkamer | auf Vorschlag der CDU |
| Herr Dr. Walter Schulz | auf Vorschlag der SPD |

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

| | |
|-------------------------|---|
| Frau Helga Blümel | Amt für Diakonie |
| Frau Monika Dierksmeier | Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband |
| Herr Stefan Kersjes | Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. |

Herr Peter Krücker

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

bis 17.05 Uhr anwesend

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel

auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Herr Viktor Ostrowski

auf Vorschlag des Integrationsrates

Herr Carl-Wilhelm Rößler

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Stefan Meschig

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Entschuldigt fehlen

Herr Karl-Gerhard Bachmann

Amt für Diakonie

Frau Carolina Brauckmann

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Roswitha-Cornelia Burauen

auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Herr Franz Decker

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Frau Antonella Giurano

auf Vorschlag des Integrationsrates

Frau Cornelia Harrer

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Dr. Christiane Köhler

auf Vorschlag der CDU

Frau Dr. Uta Renn

auf Vorschlag der SPD

Herr Marc Ruda

Deutsches Rotes Kreuz

Frau Stella Shcherbatova

Synagogengemeinde

Herr Wolfgang Simons

CDU

Frau Ulrike Volland-Dörmann

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Frau Bärbel von der Linde

Deutsches Rotes Kreuz

Herr Benzion Wieber

Synagogengemeinde

Verwaltung

Frau Bredehorst, V

Frau Boldok, V/2

Herr Dr. Leidel, 53

Herr Mayer, 32

Herr Müller-Starmann, 50/0 ARGE

Herr Oster, 501

Frau Preßmar-Cuber, V

Frau Reinecke, V/2

Herr Santelmann, 50

Herr Schleicher, 56 + 5620

Schriftführerin

Frau Kutzer, V/1

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kluth, weist auf die aktuelle, erweiterte Tagesordnung hin, in der die fett gedruckten Teile neu hinzugekommen sind. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte 3.1, 4.6 – 4.13, 5.1, zu 8.1.2, zu 8.1.3, 8.2.1, 8.2.2, 9.3 bis 9.6, 10.1, 11.2 – 11.6 und 15.1.

Die übrigen Ausschussmitglieder stimmen der so geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Warmwasserkosten - Urteil des Bundessozialgerichtes 2938/2008
3762/2008

4 Mitteilungen

4.1 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz
3423/2008

4.2 Sexualpädagogik für insbesondere bildungsferne männliche Jugendliche
3450/2008

4.3 Bericht über das von "Wir helfen" e.V. unterstützte Projekt "jusch - jung und schwanger" - Beratung und Begleitung
3475/2008

4.4 Rechenschaftsbericht des Ordnungsdienstes für das Jahr 2007
2521/2008

4.5 Erweiterung der Sozialraumorientierten Hilfeangebote - Indikatoren zur Auswahl weiterer Sozialraumgebiete
3233/2008

4.6 Ausstellung "Out OF The Ghetto" - Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Köln
3690/2008

4.7 Prüfauftrag Bildungslandschaft Höhenberg Vingst
3682/2008

4.8 Vorlage des Clearingberichts II. Quartal 2008
3843/2008

- 4.9 Ergebnisse des Weiterentwicklungsprozesses 2005/2007 im Bereich der Hilfen nach § 67 SGB XII
3637/2008
- 4.10 Tageseinrichtung mit der Funktion einer Kontakt- und Beratungsstelle für Drogenabhängige Neuerburgstr. 25, 51103 Köln-Kalk
3145/2008
- 4.11 Programm der Aktionstage "gesund & mobil im Alter" am 08. und 09. Oktober 2008 in der Mülheimer Stadthalle
3955/2008
- 4.12 Bericht "Wohnen in Köln-Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2007-Ausblicke 2008"
3969/2008
- 4.13 Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen (Kommunen oder Landschaftsverbände)
3131/2008

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 5.1 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
3875/2008

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 8.1.1. Neue Arbeit für Köln; Konzept "Service und Sicherheit bei der KVB"
AN/1414 /2008

zu

- 8.1.1 Antwort der Verwaltung
3375/2008

- 8.1.2. Regelungen bei unabweisbarem Bedarf in der ARGE Köln
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 11.08.2008
AN/1524/2008

zu

- 8.1.2 Antwort der Verwaltung

3827/2008

8.1.3. Personelle Ausstattung der "Behindertenbeauftragten"
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.08.2008
AN/1579/2008

zu

8.1.3 Antwort der Verwaltung
3755/2008

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1. Kölner Tiertafel
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.09.2008
AN/1754/2008

8.2.2. Projekt "Wohnen für Hilfe"
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.09.2008
AN/1777/2008

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich (2008)
3290/2008

9.2 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 3)
3631/2008

9.3 Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in dem städtischen Gebäude Passauer Str. 2, 51103 Köln-Vingst, sowie Freigabe der entsprechenden Mittel im Teilfinanzplan 1003 Wohnen, im Haushaltsjahr 2008/2009
3389/2008

9.4 Kölner Bürgerhäuser - Zuschüsse zur Durchführung zusätzlicher projektbezogener Angebote
3851/2008

9.5 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training
3855/2008

9.6 Regionales Bürger- und Begegnungszentrum im Kölner Süden
3849/2008

9.7 s. TOP 10.1

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 10.1 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Förderung der Jugendarbeit
3738/2008

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 11.1 Leitbild Köln 2020
- Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln
0452/2008
- 11.2 Ausschreibung Rahmenvertrag Elektrogeräte für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger
3344/2008
- 11.3 Haushaltsjahr 2008
Genehmigung von Mehraufwand zur Förderung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen
3890/2008
- 11.4 Zusätzliche Mittel zur Förderung des Therapiezentrums für Folteropfer - Flüchtlingsberatung im Caritasverband für die Stadt Köln e.V. für die Jahre 2008 und 2009
3822/2008
- 11.5 Zusätzliche Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2008
3828/2008
- 11.6 Bürgerzentrum Deutz - Realisierung Barrierefreiheit und Integrations-Gastronomie
1954/2008

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13 Anfragen

- 13.1 Nachbesetzung der Stelle bei der Verwaltung der Bürgerzentren (50/2)
hier: mündliche Frage von Frau Schultes

- 13.2 Mehrgenerationenplätze
hier: mündliche Anfrage von Herrn Pohl (FDP)

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Warmwasserkosten - Urteil des Bundessozialgerichtes 2938/2008 3762/2008

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

4.1 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz 3423/2008

Herr Dr. Leidel merkt zunächst an, wenn man über soziale Frühwarnsysteme, Vernachlässigung, Misshandlung, Jugenddelinquenz oder über Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen spreche, handele es sich im Grunde genommen über unterschiedliche Facetten ein und desselben Problems.

Das Gesundheitsamt habe bei seiner Begutachtung von längerfristig arbeitslosen Jugendlichen für die ARGE festgestellt, dass im Gegensatz zu älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei Jugendlichen vor allen Dingen psychische Störungen im Vordergrund stehen. Dies sei das Ergebnis einer längerfristigen Entwicklung, die Herr Dr. Leidel nachfolgend näher erläutert.

Man habe beobachtet, dass Störungen im emotionalen, psychischen, sozialen, kognitiven und motorischen Bereich zunehmen. Ursache sei in den seltensten Fällen eine körperliche Erkrankung; die Ursachen seien eher soziogener Art, d.h. sie kommen durch die Interaktionen des Kindes mit seiner Umwelt, insbesondere seiner Ursprungsfamilie, zustande. Herr Dr. Leidel führt diverse Risikofaktoren auf, die diese Störungen begünstigen. Je mehr Faktoren aufeinandertreffen, desto größer seien die sich anbahnenden Störungen. Im ungünstigen Fall verschlechtert sich diese Situation bei der weiteren Entwicklung des Kindes. Herr Dr. Leidel stellt die Übergangsphasen dar, in denen eine Verbesserung erreicht werden könne. Die jeweiligen Zeitfenster hierfür seien jedoch relativ kurz.

Herr Dr. Leidel erklärt, es sei bekannt, dass Kinder mit soziogenen Entwicklungsauffälligkeiten und Störungen wesentlich schlechtere Chancen in der Schule haben, dass sie häufiger keinen oder nur einen geringerwertigen Schulabschluss erreichen und dass sie kaum Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz haben. Aus der Gruppe dieser Kinder und Jugendlichen rekrutieren sich wiederum in besonderem Maße diejenigen, die in Drogenhilfeprogrammen unterstützt werden müssen, die als delinquent und kriminell auffallen oder keine Ausbildungs- und Arbeitsplätze finden. Herr Dr. Leidel beschreibt die Folgen, wenn diese Jugendlichen selbst Partnerschaften eingehen und Eltern werden. Ohne Hilfe von außen schließe sich hier der Kreis. Dieser Kreislauf mache deutlich, warum die soziale Herkunft eines Kindes von so erheblicher Bedeutung für seine Zukunftschancen sei.

In seinen Ausführungen bezieht sich Herr Dr. Leidel auf die „Bella Studie“ des Robert-Koch-Institutes. Hier werde erstmals eine repräsentative Aussage über die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in Deutschland getroffen. Eine Teilstudie habe sich mit der psychischen Situation der Kinder beschäftigt. Erschreckend sei die Feststellung gewesen, dass ca. 20 % der Kinder und Jugendlichen von 7 bis 17 psychisch erkrankt seien. Dabei hätten Entwicklungsstörungen und psychische Erkrankungen einen ursächlichen Zusammenhang.

Die Gesundheitsverwaltung beschäftige sich natürlich auch mit Überlegungen, wie sie helfen könne, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Nachfolgend führt Herr Dr. Leidel beispielhaft einige Maßnahmen auf. Generell könne man sagen, dass je früher diese Hilfeversuche einsetzen, desto größer seien die Erfolgsaussichten und desto geringer sei der hierzu erforderliche Aufwand.

Herr Ensmann bringt zum Ausdruck, dass es selbstverständlich eine ganze Reihe von Fragen zu diesem Themenkomplex gebe. Er hält es ebenfalls für wichtig, Probleme frühzeitig zu erkennen, um auch schnelle Lösungen zu ermöglichen.

Konkret greift Herr Ensmann das Problem der Kinder auf, die früh morgens unversorgt zum Kindergarten oder in die Schule gehen müssen. Lösungsansätze müssten bereits bei den Kindern beginnen. Langfristiger Erfolg sei jedoch nur darüber zu erzielen, indem die Eltern zur Verantwortung gezogen und ihnen ggf. Hilfen zur Verfügung gestellt werden.

In Bezug auf die U 25 Konferenz fragt Herr Kluth, welche konkreten Hilfen für die Kinder, die bereits jetzt krank seien geleistet werden können.

Herr Dr. Leidel stellt voran, leider habe die Verwaltung nicht für jedes Problem einen Lösungsvorschlag. Es sei zwar offenkundig, dass bei den Kindern und Jugendlichen gesundheitliche Probleme vorhanden seien, jedoch versage hier vielfach das gewohnte System der medizinischen Behandlung bei gesundheitlichen Störungen. Vielmehr müsse die Verwaltung Angebote für die Zukunft noch passgenauer verändern, um auf diese Probleme angemessen reagieren zu können.

Herr Dr. Leidel ist davon überzeugt, dass es in allen Lebensphase Leitsymptome gebe, die deutlich darauf hinweisen, dass entsprechende Störungen vorhanden seien, und dass es auch für alle Phasen Maßnahmen gebe, die vorrangig zu ergreifen sind und in hohem Maße effektiv seien.

Herr Dr. Leidel stimmt Herrn Ensmann dahingehend zu, dass in der frühen Phase eines Kindes die Interaktion zwischen den Eltern und dem Kind von entscheidender Bedeutung sei. Demzufolge sei die Unterstützung der Eltern ein wesentlicher Ausgangspunkt. Herr Dr. Leidel räumt ein, dass allerdings oft auch ökonomische Probleme eine Rolle spielten.

Im Kindergarten sei das Leitsymptom, an dem man feststellen könne, dass Probleme vorhanden seien, Störungen bei der Sprache und Kommunikation. In der Schulzeit spiele die Schulverweigerung eine große Rolle, die häufig auf einer Schulangst basiere.

Das Hauptaugenmerk der Verwaltung liege bei der Prävention. Herr Dr. Leidel betont, die Überlegungen hierzu seien zurzeit noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung werde zu gegebener Zeit noch eine schriftliche Information hierzu liefern.

Gleichzeitig habe eine Arbeitsgruppe unter dem Dach der U 25 Konferenz den Auftrag erhalten, zu prüfen, welche Maßnahmen den Kindern und Jugendlichen helfen könnten, die jetzt nicht versorgt und den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht gewachsen seien.

Frau Bredehorst betont abschließend, inzwischen haben die Verwaltung und die Experten auf diesem Gebiet die inneren Zusammenhänge erkannt und die Verwaltung beginne, die Bereiche Gesundheit und Soziales enger zu verzahnen und in einem ganzheitlichen Ansatz gemeinsame Hilfen zu entwickeln. Frau Bredehorst erläutert hierbei kurz das Spektrum der verschiedenen Ressorts, die besser vernetzt werden sollten. Hierbei sei sie dankbar, dass die Bereiche Gesundheit und Soziales wieder zusammengeführt worden seien, so dass man zu diesen Erkenntnissen und dem ganzheitlichen Ansatz kommen könne.

Frau Bredehorst kündigt an, sobald das Gesamtkonzept erstellt worden sei, werde es dem Ausschuss bekannt gegeben.

Frau Wilden vermutet, angesichts der bedenklichen Darstellung der Sachlage durch die Verwaltung, dass in der Gesellschaft grundsätzlich einige Dinge falsch laufen.

Frau Hollmann regt an, in dem ausstehenden Bericht der Verwaltung die Einkommensverhältnisse der Eltern zu verdeutlichen und darzustellen, wie viele ALG-II-Bezieherinnen und Bezieher darunter seien.

4.2 Sexualpädagogik für insbesondere bildungsferne männliche Jugendliche 3450/2008

Die Ausschussmitglieder loben die Verwaltung für diese Tätigkeit und nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.3 Bericht über das von "Wir helfen" e.V. unterstützte Projekt "jusch - jung und schwanger" - Beratung und Begleitung 3475/2008

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.4 Rechenschaftsbericht des Ordnungsdienstes für das Jahr 2007 2521/2008

Herr Helling erklärt, es sei zwar verständlich, dass es wegen der gestiegenen Mitarbeiterzahl auch die Kontrollen des Ordnungsdienstes verstärkt werden konnten. Jedoch hält er die Steigerung der Fallzahlen bei den Kontrolltätigkeiten des Ordnungsdienstes gegenüber sozialen Randgruppen aus sozialpolitischen Gesichtspunkten für bedenklich. Neben den Platzverweisen sei eine ähnliche Entwicklung bei den Themenfeldern Sperrbezirk und Straßenstrich zu verzeichnen.

Herr Mayer bestätigt zu den Fallzahlsteigerungen, natürlich sei einerseits das Personal des Ordnungsdienstes aufgestockt worden. Andererseits sei das Jahr 2006 sehr durch die Fußballweltmeisterschaft geprägt gewesen. Hier seien sehr viele Überstunden angefallen, die

hinterher in Form von Freizeitausgleich abgegolten werden mussten. Diese Stunden haben dem Ordnungsdienst dann im normalen Alltag dann gefehlt.

Herr Mayer weist außerdem darauf hin, dass sich das Freizeitverhalten der Kölner Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren verändert habe. Die Rahmenbedingungen der Außendiensttätigkeit seien diesen Änderungen angepasst worden. Hinzu komme, dass die Menschen in Köln bei schönem Wetter immer mehr im Freien und auf öffentlichen Plätzen feiern. Dieses Phänomen habe natürlich auch dazu geführt, dass die Anzahl der Beschwerden angestiegen sei, was wiederum ein wesentlicher Grund für die Steigerung der Fallzahlen sei. Die Platzverweise, betont Herr Mayer nehme die Verwaltung mit viel Sensibilität vor. Die Verwaltung verfüge über eine integrative Ordnungspolitik. Es gebe eine starke Vernetzung des Ordnungsamtes mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie, dem Amt für Soziales und Senioren und dem Gesundheitsamt. Herr Mayer betont, insbesondere dann, wenn der Ordnungsdienst mit den sozialen Randgruppen zu tun habe, trete die Verwaltung im Verbund auf. Dies sei ein sehr erfolgreiches System.

Die Anzahl der sog. Wildcamper sei auch in Köln auf Grund der EU-Erweiterung und der damit verbundenen Grenzöffnung stark angestiegen. Herr Mayer erklärt, diese Personen hätten im Gegensatz zu den sozialen Randgruppen keinen festen Wohnsitz.

Herr Mayer fügt hinzu, dass sich auch bei dem Thema Prostitution die Öffnung der EU-Grenzen stark bemerkbar mache. Es seien zum größten Teil Frauen aus Osteuropa, d.h. Bulgarien oder Rumänien, die sich vorwiegend im Kölner Süden, z. B. auf der Brühler Landstraße aufhalten. Auch hier habe es mehr Einsätze des Ordnungsdienstes gegeben.

Herr Helling bittet, zur nächsten Sitzung eine Interpretation der Zahlen zum Problemkreis Prostitution aus Sicht der Sozialverwaltung und der Gesundheitsverwaltung vorzulegen.

4.5 Erweiterung der Sozialraumorientierten Hilfeangebote - Indikatoren zur Auswahl weiterer Sozialraumgebiete 3233/2008

Herr Pohl (CDU) plädiert dafür, dass der Stadtteil Humboldt-Gremberg als nächsten Sozialraum ausgesucht werden sollte. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass Humboldt-Gremberg noch mehr der Hilfe bedürfe, als Kalk und Lindweiler.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

4.6 Ausstellung "Out OF The Ghetto" - Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Köln 3690/2008

Frau Bredehorst erklärt, diese Ausstellung sei ein Teil der groß angelegten Imagekampagne des Wohnungsamtes, um die Vorstellungen des sozialen Wohnungsbaus in der Bevölkerung und bei Investoren positiv zu beeinflussen.

4.7 Prüfauftrag Bildungslandschaft Höhenberg Vingst 3682/2008

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.8 Vorlage des Clearingberichts II. Quartal 2008
3843/2008**

Frau Hollmann fragt, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Clearingstelle eingesetzt und wie die Teams aufgeteilt seien.

Herr Santelmann stellt hierzu klar, dass das Amt für Soziales und Senioren für die Bereiche des SGB XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständig sei. Für das Clearing im Bereich des Amtes für Soziales und Senioren sei ein Mitarbeiter mit ca. einer halben Stelle eingesetzt.

Die ARGE hingegen sei für den Bereich des SGB II zuständig. Dort seien insgesamt 2 Mitarbeiter in der Clearingstelle tätig.

**4.9 Ergebnisse des Weiterentwicklungsprozesses 2005/2007 im Bereich der Hilfen nach § 67 SGB XII
3637/2008**

Frau Bredehorst berichtet, dass diese Mitteilung das Ergebnis eines länger währenden Prozesses sei, der in der Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik seinen Anfang genommen habe. Sie begrüßt das Ergebnis, da es sich um einen Konsens zwischen allen Beteiligten handele.

**4.10 Tageseinrichtung mit der Funktion einer Kontakt- und Beratungsstelle für Drogenabhängige Neuerburgstr. 25, 51103 Köln-Kalk
3145/2008**

Herr Schleicher hebt ausdrücklich hervor, dass sich die Ausgaben um 76.500 € erhöht haben, da die Versorgungsleitungen unzureichend gewesen seien. Die Finanzierung sei im Rahmen des bestehenden Haushaltsplanes jedoch sichergestellt worden.

**4.11 Programm der Aktionstage "gesund & mobil im Alter" am 08. und 09. Oktober 2008 in der Mülheimer Stadthalle
3955/2008**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.12 Bericht "Wohnen in Köln-Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2007-Ausblicke 2008"
3969/2008**

Auf Anregung von Frau Bredehorst stimmen die Ausschussmitglieder darin überein, diese Mitteilung zu vertagen und in der nächsten Sitzung ausführlicher zu behandeln. Frau Bredehorst betont, preisgünstiges Wohnen sei eines der größten sozialen Probleme in Köln.

4.13 Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen (Kommunen oder Landschaftsverbände) 3131/2008

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, stimmen die Ausschussmitglieder darin überein, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Herr Ensmann weist darauf hin, dass sich Herr Minister Laumann am 24.09.2008 im Kongresszentrum Düsseldorf zu diesem Thema positionieren werde. Ggf. sei in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren die Entscheidung dann schon gefallen.

Herr Kluth erklärt abschließend, die Fraktionen hätten auch danach noch die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden.

Herr Ladenberger fragt, wie die Verwaltung das Projekt bewerte, ob es Überlegungen gebe, dass weitere Aufgaben der Eingliederungshilfe auf den Landschaftsverband übergehen sollen und wie viel Zeit bleibe, um auf kommunaler Ebene zu agieren.

Frau Bredehorst berichtet, die Landesregierung plane, die gesamte Eingliederungshilfe von der Kommune auf den Landschaftsverband zu verlagern. Nach den letzten Informationen werde dies voraussichtlich bei der Veranstaltung am 24.09.2008 verkündet werden. Hierzu werde es jedoch noch ein ausführliches Gesetzgebungsverfahren geben.

Frau Bredehorst teilt zu der Frage von Herrn Dr. Heinen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren mit, der Bericht der wissenschaftlichen Begleitung sei inzwischen offiziell zugegangen. Die Verfasser des Berichtes positionieren sich allerdings nicht ganz eindeutig. Die Verwaltung könne den Bericht auf Grund seines Umfangs nicht komplett vorlegen. Eine Zusammenfassung daraus könne in einer Mitteilung zur nächsten Sitzung vorgelegt werden.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 3875/2008

Herr Kellner fragt, ob in der Mitteilung die 200 Stellen, die der ARGE zugesetzt werden sollen, bereits inbegriffen seien und ob auch externe Bewerber zugelassen werden.

Herr Müller-Starmann antwortet, im Januar habe die Personalausstattungsquote bei unter 90% gelegen, im September belaufe sich die Quote auf fast 95 %. Er betont, der ARGE seien in erheblichem Umfang Stellen zugesetzt worden, das Einstellungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen. Dabei würden in großem Umfang externe Bewerber eingestellt.

Herr Kluth bittet, den aktuellen Stand bei der Integrationsquote darzustellen.

Herr Müller-Starmann, stellt fest, zahlenmäßig sei die Quote für den Bereich der Unter 25-jährigen (U 25) zwar sinkend. Dies sei jedoch darauf zurückzuführen, dass die ARGE zunehmend auf die Menschen zugehe, die erheblich mehr Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt haben, als die bisher vermittelten. Die Tendenz der Zahlen sowohl im Bereich U 25 als auch im Bereich Ü 25 sei jedoch von Monat zu Monat deutlich steigend. Insgesamt würden die Quoten immer mehr erreicht. Herr Müller-Starmann hält es für möglich, dass die ARGE die vereinbarte Integrationsquote bis zum Ende dieses Jahres erreichen könnte.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

Frau Reinecke verweist auf den Bericht der Behindertenbeauftragten, der in dieser Sitzung unter der Beantwortung zu TOP 8.1.3 zu finden sei.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu dieser Sitzung liegen keine Anträge vor.

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**8.1.1 Neue Arbeit für Köln; Konzept "Service und Sicherheit bei der KVB"
AN/1414 /2008**

zu

**8.1.1 Antwort der Verwaltung
3375/2008**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**8.1.2 Regelungen bei unabweisbarem Bedarf in der ARGE Köln
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 11.08.2008
AN/1524/2008**

zu

**8.1.2 Antwort der Verwaltung
3827/2008**

Herr Kellner dankt für die klare Antwort und fragt, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE über diese Themen informiert werden.

Herr Müller-Starmann bestätigt, die Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE erfolge in geeigneter Form. Herr Müller-Starmann stellt klar, bei Problemen in Einzelfällen, sollten sich die Betroffenen an das Kundenmanagement oder die Geschäftsführung der ARGE wenden. In Fällen von berechtigter Kritik werde die ARGE in jedem Einzelfall schnell und konsequent nachgehen.

**8.1.3 Personelle Ausstattung der "Behindertenbeauftragten"
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.08.2008
AN/1579/2008**

zu
8.1.3 Antwort der Verwaltung
3755/2008

Herr Kluth fragt, welche Möglichkeiten bestehen, um eine angemessene Personalausstattung zu erreichen.

Frau Bredehorst macht darauf aufmerksam, dass ihr Dezernat für Personalfragen nicht entscheidungsbefugt sei. Es komme jedoch innerhalb dieser großen Stadtverwaltung häufiger vor, dass sich Aufgaben auch unterjährig verschieben, wegfallen oder Stellen nicht besetzt werden. Die Umsetzung im Stellenplan erfolge dann erst zu einem späteren Zeitpunkt. Das zuständige Dezernat I (Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht) sei über diese Angelegenheit informiert, habe aber noch nicht entschieden.

Herr Ladenberger verweist auf die Beratung in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Bericht der Behindertenbeauftragten. Der Bericht zeige, wie umfangreich dieses Aufgabengebiet sei und welches quantitative und qualitative Ausmaß die dort zu leistenden Aufgaben haben. Er unterstützt ausdrücklich die Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Herr Helling geht kurz auf die Historie der Stelle der Behindertenbeauftragten ein. Es sei absehbar gewesen, dass mit dieser Funktion eine Vielzahl von Aufgaben anfallen werden. Im Bereich der Barrierefreiheit, hält Herr Helling es zurzeit für notwendig, zentrale Experten vorzuhalten, um den längerfristigen Prozess der Sensibilisierung der Verwaltung sicherstellen zu können.

Langfristiges Ziel sei es jedoch nicht, das Büro der Behindertenbeauftragten personell immer weiter aufzustocken, sondern in den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung Behindertenexperten einzusetzen.

Herr Helling schlägt vor, die Verwaltung möge bis zur nächsten Sitzung genauer darstellen, in welcher Art und Weise die Stabilisierung der Stellensituation im Büro der Behindertenbeauftragten durchgesetzt werden könne.

Herr Kellner schließt sich den Ausführungen von Herrn Helling an. Er befürwortet die Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Herr Pohl (FDP) hält es grundsätzlich für richtig, die Stellenausstattung der Behindertenbeauftragten zu verstärken. Langfristiges Ziel sollte es sein, die Experten in den einzelnen Fachämtern zu haben.

Zu dem Bericht bittet Herr Pohl um genauere Darstellung, nach welchen Gesichtspunkten die Themengebiete ausgewählt worden seien, die die möglichen Einschränkungen betreffen. Seiner Auffassung nach handele es sich hierbei teilweise auch um ganz entscheidende Punkte.

Frau Bredehorst ist der Auffassung, einige Bereiche, wie Anfragen und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern oder Aufträge aus den politischen Gremien dürften gar nicht wegfallen.

Frau Reinecke weist auf das große Problem hin, entscheiden zu müssen, welche Aufgaben ohne angemessene Personalausstattung nicht mehr erledigt werden können.

Mittlerweile habe sich der Bereich der Stellungnahmen zu Bauvorhaben zu einem sehr zentralen Thema entwickelt. Frau Reinecke erläutert, dass jedes Bauvorhaben in Bezug auf die Barrierefreiheit nachgebessert werden müsse. Dies sei ein so bedeutender Punkt, dass ein Wegfall nicht denkbar sei.

Darüber hinaus nehme im Zuge des größeren Bekanntheitsgrads des Büros auch die Anzahl der Anfragen zu. Derzeit werden ca. 50 Anfragen wöchentlich gestellt. Häufig seien es Personen mit multiplen Problemstellungen, die um Rat fragen. Auch hier könne keine Streichung bei der Aufgabenerledigung erfolgen.

Frau Reinecke erklärt, auch die Ämter der Stadtverwaltung, die in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vertreten seien, richteten viele Fragen an das Büro der Behindertenbeauftragten. Themen seien hierbei u.a. Barrierefreiheit von Dokumenten, beim Internetauftritt, im Kulturbereich und auf Friedhöfen. Diese Themen betreffen nicht nur die Verwaltung selbst, sondern auch außenstehende Verbände und Institutionen.

Frau Reinecke hebt nochmals hervor, bei all diesen Anliegen könne man nur schwer Einschränkungen in der Aufgabenerledigung vornehmen. Einschränkungen betreffen eher die Themen, bei denen das Büro der Behindertenbeauftragten eine aktivere Rolle übernehme. Dies sei jedoch eine genauso wichtige Aufgabe des Büros, da hierdurch Dinge in Gang gesetzt werden und damit das Umdenken bei anderen Menschen einsetze und Barrieren in den Köpfen abgebaut werden.

Herr Pohl (FDP) sieht seine Befürchtungen bestätigt. Er greift den Vorschlag von Herrn Helling auf und bittet die Verwaltung darzustellen, welche Unterstützung für eine optimale Aufgabenerledigung benötigt werde und welche Anforderungen eine zusätzliche Kraft im Büro der Behindertenbeauftragten erfüllen müsste.

Herr Ensmann ist der Auffassung, auch wenn die Personalausstattung aus Sicht der Verwaltung ausreichend sei, werde das Büro immer noch nicht über alle Maßnahmen Kenntnis erhalten, bei denen die Behindertenbeauftragte eingreifen müsste. Neben der Stadtarbeitsgemeinschaft gebe es auch den verwaltungsinternen Arbeitskreis, der sich u.a. mit Barrierefreiheit beschäftige. Es sei für seine Fraktion daher nicht nachvollziehbar, dass es offensichtlich dem Zufall überlassen bleibe, ob bei einem millionenschweren Bauvorhaben wie z.B. dem Rheinboulevard die Barrierefreiheit berücksichtigt werde oder nicht.

Herr Kluth betont, das Thema Behinderung sei jahrelang vernachlässigt worden. Dementsprechend sei nach Einrichtung des Büros einer Behindertenbeauftragten ein Aufgabenzuwachs und dementsprechend ein Personalzuwachs selbstverständlich.

Herr Kluth spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung zunächst genauere Prioritäten setzen und darstellen sollte, wie viel Personalstellen zugesetzt werden müssten. Im Anschluss daran müsse man eine Lösung finden.

Frau Bredehorst erklärt, eine Prioritätensetzung sei anhand des Berichtes bereits erfolgt. In dem Bericht sei nicht dargestellt worden, wie viel Personal benötigt werde. Es handele sich vielmehr darum, dass evtl. eine Mitarbeiterin, die zurzeit im Büro der Behindertenbeauftragten arbeite, demnächst an anderer Stelle eingesetzt werden müsse, da im Büro der Behindertenbeauftragten keine Planstelle für sie zur Verfügung stehe. Frau Bredehorst verweist in diesem Zusammenhang nochmals auf die Zuständigkeitsverteilung bei Personalfragen innerhalb der Verwaltung.

Zum Thema barrierefreies Bauen erläutert Frau Bredehorst, es gebe natürlich gesetzliche Vorschriften. Sie betont, die Stadtarbeitsgemeinschaft und der begleitende Arbeitskreis sensibilisiere sehr stark die Fachämter. Durch Beispielfälle, die in der Stadtarbeitsgemeinschaft thematisiert werden, komme man immer mehr dazu, es beim nächsten Mal besser zu machen.

Frau Bredehorst weist ausdrücklich darauf hin, dass das Thema Barrierefreiheit selbstverständlich in den dafür zuständigen Fachämtern bearbeitet werde. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der begleitende Arbeitskreis gewährleiste dieses Verfahren und übernehme vielmehr eine Kontrollfunktion. Dadurch falle natürlich auf, wenn ein Bauvorhaben nicht barrierefrei ausgeführt werde. Sie weist jedoch entschieden von sich, dass z.B. die

fehlende Barrierefreiheit beim Rheinboulevard nur zufällig entdeckt worden sei. Natürlich handele es sich hier um einen allgemeinen Lernprozess für alle Beteiligten.

Herr Helling bittet zusammenfassend darum, zur nächsten Sitzung genauere Aussagen zur Personalausstattung zu liefern und zu berichten, welche Anstrengungen die Verwaltung bislang unternommen habe, um zu einer entsprechenden Personallösung zu kommen. Dies sollte auch vor dem Hintergrund erfolgen, dass die Stellenplanberatung abgeschlossen sei und der Stellenplan eigentlich nicht ausgeweitet werden sollte. Die Verwaltung sollte eine Aussage dazu treffen, ob eine Stellenplanänderung erforderlich sei oder ob es auch Lösungen gebe, die keine Änderung des Stellenplans erforderlich machen.

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1 Kölner Tiertafel hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.09.2008 AN/1754/2008

Die Verwaltung wird die Anfrage voraussichtlich zur nächsten Sitzung beantworten.

8.2.2 Projekt "Wohnen für Hilfe" hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.09.2008 AN/1777/2008

Herr Helling zitiert die Frage 4 der Anfrage der CDU-Fraktion, die die Prüfung der Möglichkeiten beinhalte, das Projekt gegebenenfalls auf kommunaler Ebene weiterzuführen.

Herr Helling regt an, zu überlegen, ob das Projekt nicht nur in Seniorenhaushalten durchgeführt werden könne, sondern ob es auch in allen anderen Haushalten möglich sei.

Die Verwaltung nimmt die Anregung von Herrn Helling auf und wird die Anfrage voraussichtlich zur nächsten Sitzung beantworten.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich (2008) 3290/2008

Herr Kluth berichtet, der Unterausschuss „Selbsthilfegruppen“ habe dieser Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des

gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ der Ausschüsse für Soziales und Senioren sowie Umwelt, Gesundheit und Grün, im Haushaltsjahr 2008 die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich gemäß der beigefügten Anlage 1* zu fördern.

Die Restmittel erhält die KISS zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung auszuzahlen.

** Diese Anlage ist nicht mehr der Niederschrift beigefügt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.2 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 3) 3631/2008

Herr Pohl (CDU) fragt nach den in der Anlage aufgeführten Anträgen, die unvollständig seien.

Herr Santelmann teilt mit, die zu Verfügung stehenden Mittel seien mit der heutigen Beschlussvorlage verausgabt. Die Antragsteller, deren Unterlagen fehlten, habe die Verwaltung bei dem Fördervorschlag nicht berücksichtigen können.

Herr Kluth stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der bürgerschaftlichen Gemeinwesenarbeit gemäß der beigefügten Anlage 1*.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

** Die Anlage ist nicht mehr der Niederschrift beigefügt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.3 Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in dem städtischen Gebäude Passauer Str. 2, 51103 Köln-Vingst, sowie Freigabe der entsprechenden Mittel im Teilfinanzplan 1003 Wohnen, im Haushaltsjahr 2008/2009 3389/2008

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die Durchführung von Maßnahmen zur Fassadendämmung und des Wärmeschutzes sowie den Fenstereinbau für das städtische Gebäude Passauer Str. 2, 51103 Köln-Vingst entsprechend der Leistungs- und Kostenberechnung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln vom 21.05.2008 (Anlage 1*).

Die Verwaltung wird beauftragt, den Auftrag in Höhe von 422.000 € zur Umsetzung an die städtische Gebäudewirtschaft zu erteilen.

Zur Deckung der Gesamtkosten sind im Teilfinanzplan 1003 Wohnen bei der Finanzstelle 5620-1003-0-5100 – Neubau Sozialhäuser – für die Jahre 2008 / 2009 Auszahlungsermächtigungen in ausreichender Höhe veranschlagt.

Gleichzeitig beschließt der Finanzausschuss die Freigabe von 30.000 € im Haushaltsjahr 2008 und von 392.000 € im Haushaltsjahr 2009 bei der Finanzstelle 5620-1003-0-5100 Neubau Sozialhäuser.

** Die Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigefügt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.4 Kölner Bürgerhäuser - Zuschüsse zur Durchführung zusätzlicher projektbezogener Angebote
3851/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt Zuschüsse zur Durchführung zusätzlicher projektbezogener Angebote für die auf der Grundlage des Rahmenkonzepts der Kölner Bürgerhäuser arbeitenden Einrichtungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.5 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training
3855/2008**

Beschluss:

Von den im Haushaltsplan 2008/2009 in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel für Antirassismus-Training in Höhe von 50.000,00 € werden in einem ersten Schritt 25.000,00 € wie folgt verteilt:

20.000, 00 € NS-Dokumentationszentrum für die Durchführung einer Tagung zum Thema „Feinbild Islam“ einschließlich einer Dokumentation und eine Maßnahme zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus, umfassend die Erstellung von didaktischen Materialien (Broschüre für Schüler/innen und Multiplikator/innen) und die Durchführung einer Schulung für Multiplikator/innen

5.000,00 € RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) für die Fortsetzung des Film- und Musikprojektes „Yes I AM – Wer oder was ist Deutschland?“ und die Umsetzung des in 2007 konzipierten Qualifizierungsangebots für Roma-Mediatoren/Mediatorinnen im Berufsfeld der interkulturellen Schulmediation

Die geförderten Träger sollen in einem kurzen Erfahrungsbericht Konzept und erzielte oder erwartete Wirkungen darstellen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.6 Regionales Bürger- und Begegnungszentrum im Kölner Süden
3849/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, dem Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 03.12.2007 nicht zu folgen, sondern die Verwaltung mit der weiteren Prüfung der Realisierungsmöglichkeiten für ein bezirklich ausgerichtetes Bürgerzentrum für den Stadtbezirk 2 zu beauftragen.

Aufgrund der nicht bzw. nicht ausreichend erfüllten Eignungskriterien der Liegenschaft Steinneuer Hof sind alternative Standorte zu suchen und zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.7 s. TOP 10.1

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Förderung der Jugendarbeit 3738/2008

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme der folgenden Beschlussvorlage:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe zahlungswirksamer Aufwandsermächtigungen in Höhe von 10.750 € für das Hj. 2008 und 32.960 € für das Hj. 2009 im Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Zeile 15, Transferaufwendungen, zur Förderung einer Stelle „Pädagogische Fachkraft“ im Bereich offene Jugendarbeit im Bürgerzentrum Alte Feuerwache.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Leitbild Köln 2020 - Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln 0452/2008

Frau Bredehorst verweist auf die Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender und bittet in deren Namen, die beiden Ergänzungen in den Beschluss aufzunehmen.

Herr Kluth stellt nachfolgend die Beschlussvorlage mit den Ergänzungsvorschlägen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat dem folgenden Beschlussvorschlag zuzustimmen und die beiden Ergänzungsvorschläge der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender mit aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Leitlinien für ein soziales Köln in Form und Inhalt das Leitbild Köln 2020 ergänzen und konkretisieren.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung hierzu ergänzend

- a) den Leitlinien-Prozess zu initiieren und entsprechend der zwischen der Verwaltung und den Prozessbeteiligten (insbesondere der Leitbildgruppe "Moderne Stadtgesellschaft") abgestimmten Vorschläge zu gestalten,
- b) das vorgeschlagene differenzierte Berichtswesen mit vorhandenen Ressourcen haushaltsneutral aufzubauen, sowie
- c) die erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen zur Wahrnehmung der zusätzlichen freiwilligen Aufgaben zu schaffen,
- d) **im zweiten Abschnitt des Kapitels „Köln – eine soziale Stadt“ (Seite 4) die Aufzählung des ersten Satzes um die Merkmale „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität“ zu erweitern und**
- e) **in Kapitel „Elemente des sozialen Köln“, Punkt 7 „Kooperation und Partizipation“ (Seite 9) in die Aufzählung „Lesben, Schwule und Transgender“ mit aufzunehmen.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.2 Ausschreibung Rahmenvertrag Elektrogeräte für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger
3344/2008**

Herr Helling bittet den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass bei der Auswahl der Geräte die höchstmögliche Energieeffizienzklasse anzustreben. Es sei bekannt, dass sich der höhere Energieverbrauch bei Geräten auch auf die Mietnebenkosten auswirke.

Herr Kluth stellt nachfolgend den Beschlussvorschlag mit dem Änderungsvorschlag von Herrn Helling zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat, den nachfolgenden Beschlussvorschlag anzunehmen:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Elektrogeräten für Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosengeld-II-Empfänger das Vergabeverfahren durchzuführen. Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Bei der Auswahl der Geräte sollte die Verwaltung die höchstmögliche Energieeffizienzklasse anstreben, sofern wirtschaftliche Gründe nicht entgegenstehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.3 Haushaltsjahr 2008
Genehmigung von Mehraufwand zur Förderung der Arbeitslosenzentren und
-beratungsstellen
3890/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat, den nachfolgenden Beschlussvorschlag anzunehmen:

Der Rat beschließt, den Kölner Arbeitslosenzentren und –beratungsstellen zur kurzfristigen Bestandssicherung für das 4. Quartal 2008 Zuschussmittel in Höhe von 56.000 € zu gewähren und genehmigt hierzu einen entsprechenden zahlungswirksamen Mehraufwand im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen.

Den Mehraufwendungen stehen entsprechende Wenigeraufwendungen im gleichen Teilergebnisplan und gleicher Teilplanzeile bei Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gegenüber, so dass sich für den Gesamthaushalt keine Überschreitung der beschlossenen Gesamtaufwendungen ergibt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.4 Zusätzliche Mittel zur Förderung des Therapiezentrums für Folteropfer -
Flüchtlingsberatung im Caritasverband für die Stadt Köln e.V. für die Jahre
2008 und 2009
3822/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat, den nachfolgenden Beschlussvorschlag anzunehmen:

Der Rat beschließt die zusätzliche Förderung des Therapiezentrums für Folteropfer – Flüchtlingsberatung im Caritasverband Stadt Köln e.V. für die Jahre 2008 und 2009 aus den zusätzlich in den Haushalt 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen eingestellten Fördermitteln in Höhe von 20.000 € in 2008 und 30.000 € in 2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.5 Zusätzliche Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren
für das Jahr 2008
3828/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat, den nachfolgenden Beschlussvorschlag anzunehmen:

Der Rat beschließt die zusätzliche Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren aus den zusätzlich in den Haushalt 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen eingestellten Fördermitteln sowie aus veranschlagten, bisher nicht verteilten Mitteln 2008 wie folgt:

- in Höhe von 30.000 € aus zusätzlich in den Haushalt 2008 eingestellten Mitteln
- und in Höhe von 21.100 € aus veranschlagten, bisher nicht verteilten Mitteln 2008

gemäß Anlage (insgesamt 51.100 €).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.6 Bürgerzentrum Deutz - Realisierung Barrierefreiheit und Integrations-
Gastronomie
1954/2008**

Herr Helling erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dieser Vorlage zustimmen. Es sei ihm jedoch aufgefallen, dass die Deckung der Mittel aus dem Sportetat erfolge. Herr Helling fragt, ob dies problematisch sei.

Frau Bredehorst antwortet, die Mitteldeckung sei verwaltungsintern abgesprochen und zwischen den Fachdezernaten geklärt worden.

Herr Ladenberger regt an, die Verwaltung sollte prüfen, ob hier auch Mittel aus der Ausgleichsabgabe des Integrationsamtes angefordert werden können.

Herr Santelmann nimmt die Anregung von Herrn Ladenberger gerne auf.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat, den nachfolgenden Beschlussvorschlag anzunehmen:

Der Rat beschließt für das Bürgerzentrum Deutz die Einrichtung einer Integrationsgastronomie mit der Schaffung von 14 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose und Schwerbehinderte sowie die Realisierung der Maßnahme Barrierefreiheit mit Anbau eines Außenaufzugs und beauftragt hierzu die Verwaltung mit der dafür notwendigen Planung.

Der Rat beschließt zur Umsetzung der Maßnahme Barrierefreiheit mit Anbau eines Außenaufzugs eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 250.000 € im Teilfinanzplan 0502, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Zeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2008 und beschließt zur Planungsaufnahme die Freigabe von zunächst 15.000 € der überplanmäßig bereitgestellten Mittel.

Die Deckung der Mittel in Höhe von 250.000 € erfolgt durch eine entsprechende Wenigerauszahlung im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen (Maßnahme 5201-0801-3-5121 Sportanlage Widdersdorf Süd).

Die zur Einrichtung einer Integrationsgastronomie erforderlichen Mittel werden durch den Integrationsbetrieb „Zentrum für Bildung, Kultur und Integration gGmbH“ aufgebracht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

13 Anfragen

13.1 Nachbesetzung der Stelle bei der Verwaltung der Bürgerzentren (50/2) hier: mündliche Frage von Frau Schultes

Frau Schultes fragt, ob die vakante Stelle bei der Verwaltung der Bürgerzentren beim Amt für Soziales und Senioren wieder besetzt sei.

Herr Santelmann bestätigt, dass vor kurzem in einem Auswahlverfahren ein geeigneter Kandidat gefunden worden sei. Ein genauer Termin für den Wechsel des Kandidaten stehe derzeit noch nicht fest.

13.2 Mehrgenerationenplätze hier: mündliche Anfrage von Herrn Pohl (FDP)

Herr Pohl (FDP) teilt mit, in der Bezirksarbeitsgemeinschaft Senioren in Lindenthal habe es eine Diskussion über Trainings- oder Spielgeräte für Senioren gegeben. Dort habe man die Zuständigkeit nicht abschließend klären können. Herr Pohl bittet die Verwaltung um Klärung der Zuständigkeit und fragt, ob es hierzu bereits Erfahrungen aus anderen deutschen Städten gebe.

Frau Bredehorst erläutert, die Nachfragen von Herrn Pohl betreffen das Thema Mehrgenerationenplätze. Hierzu gebe es einen Auftrag aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik. Die Verwaltung habe bisher die städtischen Unternehmen, die sich mit dem Spielplatzbau beschäftigen, angeschrieben. Weiterhin werde es eine verwaltungsinterne Gesprächsrunde mit den drei betroffenen Dezernaten V (Soziales, Integration und Umwelt), IV (Bildung, Jugend und Sport) und VI (Stadtentwicklung, Planen und Bauen) geben. Welches Dezernat federführend sein werde, sei noch nicht abschließend geklärt.

Herr Dr. Heinen verweist auf die Beratung im Jugendhilfeausschuss, der die Verwaltung aufgefordert habe, zu prüfen, wo Mehrgenerationenplätze in der Stadt eingerichtet werden können. Er fügt hinzu, es gebe bereits Erfahrungen mit Mehrgenerationenplätzen in Nürnberg und Mengenich.

Frau Bredehorst fügt abschließend hinzu, eventuell werde sich der zu bildende Arbeitskreis zusammen mit der Seniorenvertretung einige Beispiele direkt vor Ort ansehen.

gez. Kluth
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)